

Wissen Sie eigentlich...

... dass Berlin seit 1990 Mitglied im „Klima-Bündnis – Europäische Kommunen in Partnerschaft mit indigenen Völkern“ ist?

Lasst uns gemeinsam mehr daraus machen!

Denn der aktuelle Kontext zeigt, dass ein gemeinsames Handeln wichtiger ist denn je: Die Klimakrise entwickelt sich mit dramatischer Geschwindigkeit. Die Öffnung des Amazonasgebietes für wirtschaftliche Interessen ist neu entbrannt und die Abholzung des Regenwaldes steigt derzeit drastisch an. Wissenschaftliche Expert*innen und indigene Wächter des Urwaldes werden von Brasiliens Präsidenten Bolsonaro entlassen, diffamiert, bedroht und bekämpft.

All dem setzen die Mitglieder des Klima-Bündnis ihre Solidarität entgegen und finanzieren u.a. einen Rechtshilfefonds für indigene Opfer von Repression und seit 2019 einen neuen Fonds für erneuerbare Energien im Amazonasgebiet.

Ein Bündnis umwelt- und entwicklungspolitischer Berliner NGOs fordert von der Berliner Politik:

- Nehmen Sie Berlins Mitgliedschaft im „Klima-Bündnis“ wieder **aktiv** wahr und **kommunizieren** Sie dies in die Stadtgesellschaft.
- Schaffen Sie **klare Zuständigkeiten** sowie **angemessene finanzielle und personelle Kapazitäten** für die Arbeit im Klima-Bündnis, angesiedelt bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK).
- Identifizieren Sie – in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des Klima-Bündnis in Frankfurt, mit der Berliner Zivilgesellschaft und mit dem Dachverband der indigenen Organisationen des Amazonasbecken (COICA) – **konkrete Klimaschutz- und Menschenrechtsprojekte in Brasilien, die von Berlin unterstützt werden.**
- **Fördern Sie die Arbeit Berliner zivilgesellschaftlicher Akteure zu den Themen des Klima-Bündnisses.**
- Ergänzen Sie bzw. **stocken Sie den bestehenden Haushaltsposten** für den jährlichen Mitgliedsbeitrag im Klima-Bündnis (im Haushalt der SenUVK) um einen substanziellen Betrag **auf** (jeweils ca. 50% der Mittel sollten in die Rechtshilfe- und Erneuerbare Energie-Fonds des Klima-Bündnis fließen und ca. 50% in solidarisches Engagement, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Berlin).



Berlin, 8. August 2019

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag
e.V.

Am Sudhaus 2
12053 Berlin

T 030 – 42 85 15 87

E info@eineweltstadt.berlin

www.eineweltstadt.berlin





Die jetzige Regierungskoalition will Berlin zu einer Vorreiterin für Klimaschutz und die Energiewende machen. Viele gute Projekte und Vorhaben sind angelaufen. Im Koalitionsvertrag 2016-2021 haben sich die Berliner SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke zum **Pariser Klimaabkommen** und zu den **UN-Nachhaltigkeitszielen** bekannt und geschrieben:

„Eine konsequente Klimaschutzpolitik ist im sozialen und wirtschaftlichen Eigeninteresse Berlins... Berlin ist eine weltoffene und multikulturelle Metropole. Als deutsche Hauptstadt nimmt Berlin auch seine politische Verantwortung für globale Gerechtigkeit wahr. Die Koalition wird die Arbeit Berlins in internationalen Städte-Netzwerken ausbauen“.

Hieran anknüpfend fordern wir die Politik auf, im Rahmen der Verhandlungen für den Berliner Haushalt 2020/21 dafür zu sorgen, dass Berlin im Klima-Bündnis künftig konkret globale Verantwortung übernimmt.

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung.

Alexander Schudy (Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag, BER)

im Auftrag der BER-Mitgliedsgruppen

- Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
- Lateinamerika-Forums Berlin e.V.
- Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL)
- PowerShift e.V.
- V.z.F. der Städtepartnerschaft Friedrichshain-Kreuzberg mit San Rafael del Sur in Nicaragua